

II-10670 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5357/J

1990-04-05

A n f r a g e

der Abgeordneten Schuster, Hildegard Schorn, Mag. Mühlbachler,
Freund, Auer, Hofer, Molterer, Bergsmann
und Kollegen

an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
betreffend mehr Gerechtigkeit bei Telefongebühren

Wenn man in Österreich einen Brief aufgibt, zahlt man überall die gleiche Postgebühr, gleichgültig, wie weit auch der Bestimmungsort entfernt ist. Die Telefongebühren dagegen sind nach Zonen eingeteilt und die Gebühren in den Tarifzonen I und II sind beträchtlich höher als im vergleichbaren Ausland. So kostet etwa ein Telefongespräch über 100 km Entfernung in Österreich doppelt so viel wie beispielsweise in der Schweiz. Dies benachteiligt eindeutig den ländlichen Raum. Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger, die fern vom Zentralraum wohnen und arbeiten, tragen durch zu hohe geleistete Gebühren wesentlichen Anteil an den Überschüssen beim "Fernmeldedienst". Es ist im Sinne einer gleichen und gerechten Behandlung aller Bürger unseres Landes ein vordringliches Anliegen, unabhängig von der Entfernung einheitliche Telefongebühren festzulegen.

Im Sinne von mehr Gerechtigkeit für den ländlichen Raum muß zumindest an einer raschen Verringerung der Kluft zwischen den Gebühren für Orts- und Ferngespräche gearbeitet werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende

A n f r a g e :

1. Finden Sie die derzeitige Tarifstruktur bei den Telefongebühren gerechtfertigt bzw. strukturell ausgewogen?

- 2 -

2. Wenn ja, warum?

3. Wenn nein zu Frage 1, wann gedenken Sie diese Ungerechtigkeit abzubauen?

4. Werden Sie Österreichs Telefongebühren analog zu den Postgebühren im Briefverkehr im Inland einheitlich gestalten?

5. Wenn nein, warum nicht?